

Beschluss des Landrats vom 24.09.2026

Nr. 1993

2. Zur Traktandenliste 2025/565; Protokoll: ps

Landratspräsident **Andreas Dürr** (FDP) informiert, die Geschäftsleitung beantrage die verbundene Beratung der Traktanden 17 und 18.

Abgesetzt werden muss Traktandum 14, eine Vorlage betreffend 11 Einbürgerungsgesuche, weil die Petitionskommission die Beratung dazu noch nicht abschliessen konnte. Deshalb liegt noch kein Kommissionsbericht vor.

Als Präsident der Finanzkommission beantragt Florian Spiegel die Absetzung von Traktandum 22, dem Geschäfts- und Nachhaltigkeitsbericht der Kantonalbank. Dies mit folgender Begründung: An der Kommissionssitzung erfolgte die Beschlussfassung bereits, obwohl noch Fragen offen blieben, da die Kommission davon ausgehen konnte, diese rechtzeitig für den Kommissionsbericht beantwortet zu erhalten. Nun gingen die Antworten wider Erwarten nicht rechtzeitig ein, weshalb die Kommission mit der Berichterstattung zuwarten muss.

Wegen der Abwesenheit von Marc Scherrer am Nachmittag wird Traktandum 29 abgesetzt.

Peter Riebli (SVP) beantragt im Namen des Initiativkomitees der BLKB-Initiative die Absetzung von Traktandum 20. Es geht nicht darum, wer eine politische Schuld am Fiasko trägt, sondern wie verhindert wird, dass in Zukunft dasselbe nochmals geschieht. Diese Fragen betreffen die Governance, Aufsicht, Oberaufsicht und Kommunikation zwischen den verschiedenen Stellen in der Bank mit dem Regierungsrat, der Finanzkommission und dem Landrat. Das Initiativkomitee hat gehofft, dass die Initiative und der Gegenvorschlag erst im Landrat beraten werden, wenn der PUK-Bericht vorliegt. Dieser könnte dazu führen, dass eine nachträgliche Anpassung des heute diskutierten Kantonalbankgesetzes erforderlich würde. Es geht vor allem um Fragen der Oberaufsicht. Selbst die Finanzkommission hat in ihrem Bericht festgehalten, dass der PUK-Bericht zu einer nachträglichen Anpassung der Gesetzesvorlage führen könnte. Das Initiativkomitee hält es nicht für zielführend, an der heutigen Sitzung über etwas zu diskutieren, das nochmals angepasst werden muss, und beantragt deshalb die Sistierung des Traktandums, bis der PUK-Bericht vorliegt. Die Gesetzgebung soll in einem Aufwisch angepasst werden, um sicherzustellen, dass eine Misere wie diejenige der Radicant nicht mehr geschehen kann.

Andreja Weber (FDP) führt aus, die Absetzung des Traktandums 20 könne unterschiedlich betrachtet werden. Einerseits ist es sinnvoll, auf den PUK-Bericht zu warten, um zu verhindern, dass die Abstimmung über die Initiative zeitgleich mit der Veröffentlichung des PUK-Berichts erfolgt, weil das KB-Gesetz allenfalls ein zweites Mal revidiert werden müsste. Andererseits beschäftigt sich die PUK mit dem Thema Radicant, während die Initiative noch zusätzliche Punkte aufgreift. Aus diesem Grund gibt es keinen Grund, die Behandlung der Initiative länger aufzuschieben. Zudem bewirkt die Initiative, solange sie noch hängig ist, eine gewisse Verunsicherung für die Bank und ihre Angestellten. Dies gilt es mit zu berücksichtigen.

Silvio Fareri (Die Mitte) erklärt, für die Mitte-Fraktion überwiege der Aspekt, dass das Gesetz möglicherweise erneut angepasst werden müsste. Deshalb wird sie mehrheitlich dem Antrag von Peter Riebli zustimmen.

Stephan Ackermann (Grüne) sagt, der Antrag komme überraschend. Man hörte, der Kontakt mit den Initianten sei gesucht und eine Fristverlängerung abgelehnt worden. Wurde das Initiativkomitee

tee um Fristverlängerung gebeten und hat es diese abgelehnt, hat der Redner Mühe mit dem Antrag. Es stellt sich die Frage, ob eine Sistierung das Richtige ist oder ob heute nicht lieber auf das Geschäft eingetreten und dieses an die Finanzkommission zurückgewiesen werden solle. Auch die FIK kommt allenfalls aufgrund des PUK-Berichts zu einem anderen Schluss. Nicht Sistierung, sondern Rückweisung an die FIK wäre der richtige Weg. Die Grüne/EVP-Fraktion ist offen. Im Moment ist sie jedoch dagegen, dass das Traktandum abgesetzt wird.

Pascale Meschberger (SP) sagt, der Antrag komme überraschend und sei nicht in der SP-Fraktion besprochen worden. Ein Teil der Fraktion wäre mit Absetzung einverstanden, vorausgesetzt, das Initiativkomitee gewährt eine Fristverlängerung.

Als Präsident des Initiativkomitees würde **Peter Riebli** (SVP) einen Antrag auf Sistierung nicht stellen, wenn das Komitee nicht mit einer Fristverlängerung einverstanden wäre. Das Initiativkomitee wurde nie um eine Fristverlängerung angefragt oder ob es die Initiative zurückziehen würde. Heute wird die Absetzung vorgeschlagen, weil der Bericht der FIK zeigt, dass eine Unsicherheit besteht, ob das Gesetz kurz nach seiner Verabschiedung erneut angepasst werden müsste. Dies macht keinen seriösen Eindruck und ist unnötige, doppelte Arbeit. Das Initiativkomitee gewährt die Fristverlängerung und es erscheint zielführender, wenn bei Vorliegen des PUK-Berichts allenfalls ein Kompromiss gefunden und die Initiative zurückgezogen werden kann. Mit der Sistierung vergibt man sich nichts, im Gegenteil: Es kann auf einer gesicherten Basis entschieden werden. Der Landrat sollte anhand von Fakten und nicht Vermutungen, was im PUK-Bericht stehen könnte, entscheiden.

Manuel Ballmer (GLP) sagt, der Antrag sei überraschend gekommen und die Fraktion habe sich nicht abstimmen können. Im Zweifelsfall soll die Vorlage debattiert werden, damit mehr Zeit bleibt, das zu überlegen. Gewisse Fraktionsmitglieder halten den Zeitpunkt für nicht geeignet, um die Initiative zu diskutieren, weil im Gegenvorschlag vielleicht noch etwas fehlt und die PUK an der Arbeit ist. Diese Argumente findet der Redner jedoch nicht so stichhaltig, denn dass die Initiative weiter geht als die Untersuchung der PUK, ist bereits seit langem bekannt. Es ist erstaunlich, dass erst jetzt gesagt wird, der PUK-Bericht solle abgewartet werden.

Für **Marco Agostini** (Grüne) geht es nicht, dass ein solcher Antrag nicht mit den Fraktionen besprochen wird. Das ist ein *No-go*. Solche Anträge sollten zumindest ein, zwei Tage vorher kommuniziert werden. Es wäre sehr einfach gewesen, wenn Peter Riebli den Redner informiert hätte, dass dieser Antrag gestellt wird, dann hätte die Fraktion darüber diskutieren können. Der Redner ist gegen Absetzung des Traktandums.

Florian Spiegel (SVP) sagt, der zuständige Regierungsrat und er als Kommissionspräsident hätten sich abgesprochen. Eine Absetzung wäre nicht so tragisch. Die Kommission hat sich bewusst und im vollen Wissen um die PUK-Berichterstattung für eine Traktandierung der Initiative entschieden. Es ist nicht absehbar, wann der PUK-Bericht vorliegt. Wäre dieser Zeitpunkt bekannt oder nahe gewesen, hätte die FIK warten können. Wann die Initiative diskutiert wird, spielt keine Rolle – die FIK hat ihre Arbeit getan. Die Vertreter des Initiativkomitees waren in der FIK und definierten die roten Linien. Solange die roten Linien nicht angepasst würden, werde die Initiative nicht zurückgezogen, wurde gesagt. Die FIK passte die aus ihrer Sicht schädlichen roten Linien nicht an, weshalb für das Initiativkomitee eine Rückzugsoption nicht besteht.

Christine Frey (FDP) erlaubt sich als Mitglied des Initiativkomitees einige Gedanken. Das Komitee wurde in der FIK angehört und es wurde angefragt, ob die Initiative zeitlich hinausgezögert werden könne, bis der PUK-Bericht vorliegt, um allfällige Erkenntnisse in den Gegenvorschlag einfließen

zu lassen. Die FIK entschied sich gegen eine Verschiebung des Geschäfts. Das Initiativkomitee hat sich intensiv mit dem Gegenvorschlag auseinandergesetzt. Falls heute eine Debatte stattfindet, werden 15 Anträge gestellt, um einzelne Passagen der Initiative in den Gegenvorschlag einzubringen. Es sollte überlegt werden, das Geschäft zurückzustellen, damit nicht im kommenden Frühjahr genau dann über Initiative und Gegenvorschlag abgestimmt wird, wenn der PUK-Bericht veröffentlicht wird. Es sollte sachlich darüber diskutiert werden. Für die Rednerin geht beides – es ist wichtig und richtig, dass sich der Landrat eingehend mit den Ideen der Initiative auseinandersetzt, das hat die Initiative verdient. Es wäre aber auch in Ordnung, eine Fristverlängerung zu gewähren, bis der PUK-Bericht vorliegt, und dann die nächsten Schritte zu definieren.

Regierungsrat **Anton Lauber** (Die Mitte) sagt, es sei klar, dass dieses Traktandum Fragen aufwerfe. Die Hauptstossrichtung der Initiative ist die Rückstufung auf eine Regionalbank. Da stellen sich Fragen für die künftige Entwicklung einer Bank. Diese Unsicherheit sollte nicht allzu lange bestehen und man sollte sich der Thematik stellen, was die künftige Ausrichtung der Bank sein wird. Bevorzugt wird, das Geschäft heute zu diskutieren, auch wenn sich mit den 15 Anträgen wohl niemand auseinandersetzen konnte. Dies erschwert die Diskussion. Der Vorteil ist jedoch, dass klar wird, worum es geht. Wird die Diskussion geführt, sind auch die 15 Anträge bekannt. Anschliessend kann die Vorlage immer noch nach der ersten Lesung sistiert werden. Dies hängt wohl auch davon ab, wie viele Anträge angenommen werden. Den Fragen muss man sich stellen. Der Gegenvorschlag wurde im Eilzugstempo ausgearbeitet. Es wäre gut, wenn die Initiative beraten würde.

Es ist nicht bekannt, wann die Resultate der Untersuchung der PUK vorliegen werden. Wenn es um die Governance geht, wird dies eher im Gesetz zur Corporate Governance diskutiert werden müssen und nicht im Rahmen des Bankengesetzes. Diesbezüglich ist ohnehin zur Vorsicht zu mahnen: Es handelt sich um ein kompliziertes Gesetz, das auch von der FINMA angeschaut werden wird. Es ist wichtig, eine grosse Sorgfalt an den Tag zu legen. Das zeigt das anwaltliche Gutachten, das zum Thema eingeholt wurde. Es wäre interessant zu wissen, welche Anliegen das Parlament hat, dann kann mit diesen weitergearbeitet werden.

Florian Spiegel (SVP) hat nach kurzer Rücksprache in der FIK eine Frage an das Initiativkomitee beziehungsweise an das Landratspräsidium. Wie viele der 15 Anträge betreffen die Oberaufsicht und wie viele die Bank?

Christine Frey (FDP) antwortet, dass es ungefähr vier Anträge zur Oberaufsicht seien. Die Rednerin hat eine Tabelle mit einer Spalte «aktuelles Gesetz», «Initiativtext», «Gegenvorschlag» und «Anträge». Diese könnte dem ganzen Landrat zugestellt werden, sollte die Sistierung nicht zustande kommen. Die Anträge wurden eingereicht.

Pascale Meschberger (SP) sagt, angesichts der 15 Anträge, die niemand im Vorfeld erhalten habe, werde die SP-Fraktion die Absetzung ablehnen – erpressen lässt sich die Fraktion nicht.

://: Die Absetzung von Traktandum 20 wird 52:31 Stimmen ohne Enthaltung abgelehnt.

://: Die Traktandenliste wird nach Absetzung der Traktanden 14, 22 und 29 beschlossen.